



VORWORT

Jahr der Offenbarung



Jörg Bruchmüller

Wie kaum ein anderes Jahr war das zurückliegende geprägt von unsicheren Rahmenbedingungen für die hessische Polizei. Schuldenbremse, Tarifverhandlungen, Einsatzbelastung, Finanzkrise, Besoldungsgesetz, Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, Beihilfeänderungen und eine Vielzahl von personellen Veränderungen in den Führungsspitzen der Polizeibehörden haben

die hessische Polizei mit vielen Herausforderungen konfrontiert und bei den Kolleginnen und Kollegen für erhebliche Unruhe gesorgt. Dabei ist niemandem verborgen geblieben, dass nahezu alle Veränderungen zum wiederholten Male mit massiven finanziellen Einschnitten für die Polizeibeschäftigten begleitet waren.

Aus Sicht der Landesregierung wurden diese Einschnitte gerechtfertigt durch die im Frühjahr per Volksabstimmung festgesetzte Schuldenbremse und aktuell mit den möglichen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise. Dabei sollten wir nicht vergessen, wer den unkontrollierten Finanzmärkten und den damit verbundenen dramatischen Auswirkungen den Weg geebnet hat. Staatliche Deregulierung, Privatisierung auch im Bereich der inneren Sicherheit, blindes Vertrauen in Banken, mangelnde Aufsicht über Finanzjongleure und die Aushöhlung des Sozialstaates haben die zu verantworten, die den Protagonisten der freien Märkte entsprechenden Begleitschutz gewährten und dabei gleichzeitig der öffentlichen Verwaltung rigorose Sparpakete verordneten. Über allem steht der Satz eines ehemaligen Parteiführers: „Die Ge-

werkschaften sind die wahre Plage Deutschlands.“ Irrationalität und hausgemachte Problemstellungen haben wir auch in der hessischen Polizei seit Jahren zu beklagen. Dabei ist es bedauerlich, dass es dem bisherigen Innenminister in seiner kurzen Amtszeit nicht gelingen konnte und (mit Blick auf die zeitnahe OB-Wahl in Frankfurt) offensichtlich nicht mehr gelingen wird, Fehlentwicklungen aus vorangegangenen Zeiten nachhaltig zu korrigieren.

Sicherlich sind durch Boris Rhein in den letzten Monaten Personalentscheidungen in den Behördenspitzen getroffen worden, die auf der Basis hoher Sozialkompetenz den Weg in die richtige Richtung zeigen und auf eine neue Führungskultur hoffen lassen. Bei der Priorisierung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind die Bereiche des Sach- und Personalhaushaltes dagegen vollkommen unausgewogen. In wiederholten Gesprächen mit Innenminister und Staatssekretär haben wir deutlich gemacht, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Stellenstruktur im Tarif- und Vollzugsbereich mit transparenter Personalent-

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon wieder steht Weihnachten vor der Tür. Die Adventszeit ist meistens überlagert von geschäftigem Treiben, vom Hasten und Eilen nach den letzten Geschenken. Alles muss noch gerichtet werden, kurz und gut, der Weihnachtsrummel holt uns ein.

Haben wir noch Zeit? Wird es uns in diesem Jahr einmal gelingen, unsere Aufmerksamkeit auch in unser Innerstes zu lenken? Welche Sehnsüchte haben wir denn? Was verbinden wir mit der Adventszeit, mit Weihnachten? Es werden sich fast alle an ihre Kindheit erinnern und wie sie Weihnachten als Kind erlebt haben.

Wir wünschen Euch allen, dass Ihr Euch in dieser Zeit einmal herauslösen könnt vom Stress des Alltags und dass Ihr mit Euren Familien, Freunden und Verwandten ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest feiern könnt. Für das neue Jahr 2012 alles Gute, Glück und viel Gesundheit.

Besonders herzlich grüßen wir unsere älteren und kranken Mitglieder und diejenigen, die an den Feiertagen Dienst versehen.

Frohe Weihnachten wünscht Euch die

**Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen
Polizei Service Gesellschaft mbH (PSG Hessen)**



Fortsetzung von Seite 1

wicklung dringend notwendig sind und das von der GdP mit initiierte Stellenhebungsprogramm wesentlich umfangreicher weitergeführt werden muss.

Was aber in diesem Jahr unsere Kolleginnen und Kollegen wütend und zornig gemacht hat, ist die Abkopplung der Beamtinnen und Beamten vom Tarifergebnis und noch mehr die Absichtserklärung, die Beihilfe massiv zu beschneiden.

Anlässlich der mündlichen Anhörung zum Besoldungsanpassungsgesetz haben wir mit unseren Wortbeiträgen und einer plakativen Postkartenaktion im hessischen Landtag demonstriert, dass die massiven Gehaltseinbußen nicht hinnehmbar sind, zumal gleichzeitig Diätenerhöhungen bei den hessischen Landtagsabgeordneten um-

gesetzt wurden. Der Dank gilt allen Mitgliedern und allen Polizeibesetzten, die sich mit der GdP solidarisiert haben. Denn letztendlich konnten wir erreichen, dass als soziale Komponente die Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 11 durchgesetzt werden konnte.

Unfassbar ist für mich die Absichtserklärung der Landesregierung, die Beihilfe abzusenken. Unsere Kolleginnen und Kollegen tragen Tag für Tag ihre Haut zu Markte, in einer Zeit von ständig steigender Gewalt, mangelndem Respekt gegenüber uniformierten Polizisten und einer immens hohen Arbeitsbelastung, die die Regenerationszeiten zwischen den Schichten deutlich verkürzt und somit eine höhere Gesundheitsgefährdung darstellt. Da wäre es doch eigentlich naheliegend, wenn der Dienstherr seine verpflichtenden Fürsorgegedan-

ken anders begreift und im Bereich Versorgung/Beteiligung an Krankenkosten die Kolleginnen und Kollegen **mehr entlasten** würde. Und was ist die Antwort der hessischen Landesregierung? **Massive zusätzliche finanzielle Belastung** der Kollegenschaft in Form von deutlicher Verringerung der Beihilfe.

Das ist nicht mehr allein eine Frage des guten Geschmacks. Im Sinne eines ehrlich gemeinten Fürsorgegedankens empfinde ich diese Absichtserklärung der Landesregierung als größtmöglichen Affront. Auf vermeintliche Wertschätzung garniert mit vielen Sonntags- und Lobesreden der Politprominenz sollten wir künftig verzichten.

Ich stelle immer wieder die Frage: „Wer schützt eigentlich die, die den Staat schützen?“ Die Antwort ist schnell gefunden.

Euer

Jörg Bruchmüller

PERSONALENTWICKLUNG BIS 2020

Auf einem guten Weg zu einem ehrlichen Austausch

Die Gewerkschaft der Polizei bemängelt seit Jahren die von der hessischen Landesregierung betriebene Personalpolitik. Der anhaltenden, herben GdP-Kritik, mit Blick auf die geringen Einstellungszahlen in den Jahren 2004 bis 2006, folgte in den Jahren 2008 bis 2011 eine Ausbildungsoffensive mit jeweils rund 550 Einstellungen.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist diese Entwicklung ausdrücklich zu loben, da wir hierdurch in die Lage versetzt wurden, einen Teil des Personalabbaus zu kompensieren. Am Ende dieser Ausbildungsoffensive (Herbst 2014) wird der Stellenplan einen Bestand von 13 764 Polizeivollzugsbeamten ausweisen. Mit der Ankündigung unseres Innenministers Boris Rhein, im kommenden Jahr nur noch 400 Neueinstellungen vornehmen zu wollen, hat die GdP in mehreren Veröffentlichungen, auf der Basis ihr vorliegender, falscher Ruhestandszahlen eine negative Personalentwicklung prognostiziert. Vorbehaltlich der Beibehaltung einer bestimmten Größenordnung von Neueinstellungen wurde das Szenario eines Abbaus von bis zu 1200 Stellen als Möglichkeit in den Raum gestellt.

In dem Artikel „**Wie viel Polizei braucht das Land?**“ wurde mit Nachdruck Personal

gefordert, erhobene Zahlen dargestellt, und in der Folge kontrovers diskutiert. In der Tat hat die daran anschließende, offene Kommunikation zwischen dem Landespolizeipräsidenten, seinem Vertreter, dem Personalreferat des LPP und der GdP zur Aufklärung beigetragen. Für diesen offenen und verständnisvollen Dialog bedanken wir uns an dieser Stelle ausdrücklich.

2015 – die Stunde „Null“ nach der Ausbildungsoffensive

In der Beratung mit dem Personalreferat des LPP wurden die Zahlen abgeglichen und dabei festgestellt, dass im Jahre 2015 insgesamt ein Ersatzbedarf von 418 Polizeivollzugsbeamten/-innen besteht. Die zunehmenden, freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerungen sind hierbei nicht berücksichtigt, sodass man grundsätzlich davon ausgehen kann, dass der Personalbestand von 13 764 Polizeivollzugsbeamten/-innen gehalten werden kann.

Den Worten werden Taten folgen

Innenminister Boris Rhein hat sich festgelegt und erklärt, dass er im Polizeivollzug an dem Bestand von 13 764 Stellen festhalten will. Vor diesem Hintergrund sind die zukünftigen Einstellungszahlen nicht auf die

Zahl 400 festgeschrieben, sondern müssen jährlich, mit Blick auf den steigenden Ersatzbedarf ab 2017, immer wieder neu definiert werden. Es ist auch hier erst einmal beruhigend festzustellen, dass entgegen unserer Behauptungen mit 400 Einstellungen keine Anwärterstellen abgebaut werden und dadurch weiterhin „Volllast“ gefahren wird.

GdP bleibt bei ihrer Forderung nach höheren Einstellungszahlen

Die inhaltliche Diskussion um „**Wie viel Polizei braucht das Land?**“ ist mit der Klärstellung von Zahlen nicht wirklich vom Tisch. In die jährliche Berechnung eines Personalbedarfs muss aus Sicht der GdP ein Faktor „x“ mit einbezogen werden, der uns in die Lage versetzt, den Einstieg in den Ausstieg der 42-Stunden-Woche schnellstmöglich vollziehen zu können.

Die Kriminalitätsbekämpfung mit all ihren Facetten stellt die hessische Polizei zudem vor immer neue An- und Herausforderungen, denen man sich mitunter schnell und beherzt annehmen muss.

Zu einer zukunftsorientierten Personalpolitik gehört demzufolge, neben der bloßen Feststellung, wer in den Ruhestand geht, auch eine ernsthafte und umfassende Analyse dieser Entwicklungen. *Lothar Hölzgen*



NOVELLIERUNG DER HESSISCHEN BEIHILFENVERORDNUNG

Zweiter Entwurf liegt vor – Verschlechterungen immer noch nicht akzeptabel

Aufgrund der massiven Proteste, insbesondere der GdP, hat Ministerpräsident Bouffier sich in Sachen „Beihilfeänderung“ eingeschaltet und einen Teil der beabsichtigten Verschlechterungen gestrichen.

Dem neuen Beihilferecht ist der Leitgedanke zugrundegelegt worden, dass aus Fürsorgegründen eine Notwendigkeit für die Gewährung eines Beihilfeanspruchs nur noch für die Personen besteht, die nicht den Schutz einer anderweitigen Vollversicherung haben. Weiter heißt es, dass die Beihilfe nur die aus den laufenden Bezügen zu bestreitende Eigenvorsorge ergänzt. Das heißt im Umkehrschluss, dass Beihilfeberechtigte, nicht wie jeder gesetzlich versicherte Beschäftigte, mit einem festgelegten Prozentwert (derzeit ca. 8 Prozent) an den Kosten der Krankenversicherung beteiligt sind, sondern vorrangig sein Nettoeinkommen für die Krankenversicherung aufbringen muss. Das Land Hessen ergänzt nur!

Ziel der Beihilfeänderung ist es nicht, die Beihilfeleistungen an den heutigen Stand anzupassen, sondern dem Landeshaushalt etliche Millionen Euro zu sparen. In der amtlichen Begründung wird eine Einsparsumme von 17,1 Mio. Euro/Jahr genannt, die nach unseren Schätzungen etwa 22 Mio. Euro/Jahr belaufen wird. Darüber hinaus werden durch Leistungsänderungen noch mehrere Mio. Euro an Beihilfeleistungen zu zahlen sein, die durch die Änderung bei der Abrechnungspraxis bei den Material- und Laborkosten bei zahnärztlichen Behandlungen sowie die Besserstellung von Heilpraktikerleistungen entstehen werden.

Verbesserungen gegenüber dem ersten Entwurf

Der nun vorliegende zweite Entwurf sieht u. a. folgende Nach-/Verbesserungen gegenüber dem ersten Entwurf vor:

- **Beibehaltung des familienbezogenen Bemessungssatzes.**
- **Beibehaltung der Sachleistungsbeihilfe (Streichung erst ab 1. 1. 2012 für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte).**
- **Anhebung und Vereinheitlichung der Todesfallpauschale auf 700 Euro.**
- **Sanatoriumsbehandlung: Beihilfefähigkeit für Begleitpersonen.**
- **Komplextherapien sind zukünftig beihilfefähig.**
- **Unschädlichkeit von kurzen Sonderurlaubszeiten.**
- **Neuaufnahme der Beihilfefähigkeit von palliativen Aufwendungen und Aufwendungen in Hospizen.**
- **Vererbbarkeit des Beihilfeanspruchs.**

Verschlechterungen gegenüber den bestehenden Beihilferegulungen

Die nachfolgenden Verschlechterungen, die auch im zweiten Entwurf noch enthalten sind, bedeuten nach wie vor einen massiven Griff ins Portemonnaie der Beamtinnen und Beamten. Wir können nicht akzeptieren, dass u. a.:

1. die 15-prozentige Erhöhung des Beihilfebemessungssatzes für stationäre Leistungen (sog. Stationärzuschlag) ersatzlos zu Lasten der Beschäftigten gestrichen werden soll.

2. der Eigenanteil bei stationärer Unterkunft im Krankenhaus von 16 auf 26 Euro/Tag erhöht werden soll,
3. der Eigenanteil für Medikamente von 4,50 auf 5,00 Euro angehoben werden soll,
4. bei Zahnersatz die Material- und Laborkosten nur noch zu 50 Prozent beihilfefähig sind,
5. die Leistungen für Heilpraktiker deutlich erhöht werden,
6. der Beihilfeanspruch für Tarifbeschäftigte gänzlich gestrichen werden soll.

Zu 1.: Wegfall der 15-prozentigen Erhöhung des Beihilfebemessungssatzes für stationäre Leistungen.

Wie unsere Berechnungen bereits zum ersten Entwurf ergeben haben, bedeutet der Wegfall des Stationärzuschlags, dass der monatliche Krankenversicherungsbeitrag für alle Beihilfeberechtigte deutlich ansteigen wird. Private Krankenversicherungen beziffern auf Anfrage einen Beitragsanstieg auf ca. 50 Euro/Monat (Musterberechnung).

Zu 2.: Erhöhung des Eigenanteils bei stationärer Unterkunft im Krankenhaus von 16 auf 26 Euro/Tag.

Bisher zahlen Beihilfeberechtigte 16 Euro/Tag für stationäre Krankenhausbehandlungen zu. Im ersten Entwurf waren es dann 20 Euro und im aktuell vorliegenden Entwurf 26 Euro für jeden Tag des Krankenhausaufenthalts (ohne Limit). Gesetzlich Versicherte zahlen jedoch nur 10 Euro zu (normal 28 Tage).

Durch diese Änderungen der BeihilfeVO will das Land Hessen 22 Mio. Euro bereits im Jahre 2012 auf Kosten der Beamtinnen und Beamten einsparen.

Zu 3.: Erhöhung des Eigenanteils für Medikamente von 4,50 auf 5,00 Euro.

Diese Erhöhung ist eine Anpassung analog der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Entgegen den Regelungen der GKV fehlt hier die Festlegung einer Höchstbelastungsgrenze.

Zu 4.: Bei Zahnersatz sind die Material- und Laborkosten nur noch 50 Prozent beihilfefähig.

Entgegen der bisherigen Beihilfepraxis sollen die Beihilfeansprüche bei Zahnbehandlungen für Material- und Laborkosten neu geregelt werden. Siehe dazu die Muster-Vergleichsberechnung (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

	Berechnung alt	Berechnung neu
Material- und Laborkosten	1000 Euro	1000 Euro
Pauschale Kürzung von 25 Prozent	250 Euro	
Zwischenergebnis	750 Euro	1000 Euro
davon beihilfefähig	60 Prozent	50 Prozent
Beihilfeerstattung	450 Euro	500 Euro
Versicherungslücke in der PKV besteht zu	40 Prozent	50 Prozent

Fortsetzung auf Seite 4



NOVELLIERUNG DER HESSISCHEN BEIHILFENVERORDNUNG

Fortsetzung von Seite 3

Zu 5.: Leistungen für Heilpraktiker deutlich erhöht werden.

In der Anlage 4 zum vorliegenden zweiten Entwurf der Änderung der BeihilfeVO sind die Leistungen für Heilpraktiker nach Gebührenordnung für Heilpraktiker (GebüH) neu festgesetzt worden. Hier könnten mehrere Mio. Euro an Beihilfeleistungen eingespart werden, die schließlich die Versicherten über ihre Beiträge mitbezahlen müssen.

Fazit aus GdP-Sicht:

Tritt die neue Beihilfeverordnung in Kraft, müssen die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen monatlich tiefer in die eigene Tasche greifen als jeder gesetzlich versicherte Arbeitnehmer. Diese zahlen nur etwa acht Prozent ihres Bruttogehalts für die Krankenversicherung. Gerade bei Beamtinnen und Beamten mit vielen Kindern bedeutet die Streichung der 15-prozentigen Erhöhung des Bemessungssatzes eine monatliche

Beitragssteigerung von mehr als zehn Prozent. Damit zahlen dann Beamte im Schnitt rund 20 Prozent ihres Nettoeinkommens für den Krankenversicherungsschutz – statt etwa acht Prozent eines Tarifbeschäftigten.

Die Verschlechterung der Beihilfezahlungen um einen Jahresbetrag von 22 Mio. Euro bedeutet, dass dieser Betrag als zusätzlicher Beitrag von den Beamtinnen und Beamten aufgebracht werden muss. Mögliche Einsparungen aus Sicht der Beamtinnen und Beamten unterbleiben jedoch.

Dies ist eine glatte Gehaltskürzung von 22 Mio. Euro für die Beamtinnen und Beamten.

Dagegen wurde den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängern nur eine Gehaltssteigerung gewährt, die nicht einmal die allgemeine Preissteigerung ausgleicht, geschweige denn die Verschlechterungen bei der beabsichtigten Beihilfeänderung.

Ewald Gerke

ERINNERUNG AN DIE VERGANGENEN ZEHN JAHRE

Jörg Bruchmüller zog eine Bilanz der GdP-Aktivitäten



Blick in den Kaisersaal im Frankfurter Römer.

Die GdP kenne keine Alterserscheinungen. Sie sei kämpferisch, diplomatisch, politisch, aber nicht parteipolitisch, sie zeige Beharrungsvermögen, verdiene sich Respekt, habe Verhandlungspartner, die Zustimmung signalisierten, aber auch Argwohn zeigten und vielleicht sogar Angst. Mit diesen Worten umriss der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller bei der Jubiläumsfeier im Frankfurter Kaisersaal die Situation der Gewerkschaft der Polizei in Hessen. 60 Jahre seien ein Menschenalter. Bezogen auf den historischen Kaisersaal sei das aber eher mit dem Vorschulalter zu vergleichen. Er selbst wolle nicht über die vergangenen 60 Jahre reden. Schon beim 50-jährigen Jubiläum sei die Geschichte ausgiebig gewürdigt worden. Er werde sich auf die vergangenen zehn Jahre beschränken. Mit Konrad

Freiberg habe man aber einen GdP-Historiker verpflichtet, der sicher über das eine oder andere Anekdotchen aus der GdP-Geschichte berichten werde.

Visionär und ungeduldig habe sich die GdP gezeigt, als 2001 die „Reform“ der Polizei nach dem Regierungswechsel anstand. Diese Reform sei enttäuschend verlaufen. Die Neuorganisation habe ein „fettes“ Landespolizeipräsidium mit einer zentralistischen Bürokratie.

Zweigteilte Laufbahn umgesetzt

2002 sei ein Meilenstein in der Polizeigeschichte gewesen, da Hessen als erstes Bundesland die zweigteilte Laufbahn umge-



ERINNERUNG AN DIE VERGANGENEN ZEHN JAHRE

setzt habe. Das sei sicherlich ein Verdienst gewesen der Altvorredner Horst Kothe, Oswald Hodes, Hans-Georg Koppmann, Bernhard Langer und Jörg Stein. Die hätten ihre Vision beharrlich und mit Diplomatie durchgesetzt.

2003 bezeichnete Jörg Bruchmüller als „Jahr der Offenbarung“. Die Regierung Koch habe den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) angekündigt, habe aber nichts gesagt von Streichungen und 42-Stunden-Woche. Das „Zukunftssicherungsgesetz“ sei durchgepeitscht worden, die Personalvertretungsrechte seien massiv beschnitten worden. Die Antwort auf den „brutalsten möglichen Sparkurs“ sei eine machtvolle Demonstration mit 45 000 Menschen gewesen. Die GdP sei mit phantasievollen Plakaten kämpferisch mittendrin gewesen.

Im Jahr 2004 habe sich bei den Personalratswahlen gezeigt, dass die GdP Zustimmung und Respekt von der Kollegenschaft erhalten habe. Die Wahl wurde haushoch gewonnen. Die GdP stellte alle Personalratsvorsitzenden.

Das Jahr 2005 sei gekennzeichnet gewesen durch weiteren drastischen Personalabbau, von dem sich die Polizei bis heute kaum erholt habe. Der Verkauf von „Tafelsilber“, sprich die Privatisierung von Dienstgebäuden der Polizei durch das Hessische Immobilienmanagement (HI), habe sich als Missmanagement erwiesen. Alles sei teurer geworden, nichts besser. Die Y-Ausbildung, Kripo-Schupo, habe die GdP verhindern können, nicht aber die Einstellung „Freier Bewerber“.

Große Geschlossenheit habe die GdP im Jahr 2006 bei ihrem Landesdelegiertentag gezeigt. Hauptthema sei das Verbot der Landesregierung gewesen, in Uniform zu demonstrieren. „Politik spaltet – Brücken verbinden“ sei eine Demo gewesen gegen den Föderalismus, organisiert von Hessen und Rheinland-Pfalz auf der Rheinbrücke zwischen Wiesbaden und Mainz. Unter dem Motto „Zu Gast bei Freunden“ habe die GdP ein nachhaltig wirkendes Betreuungskonzept für die bei der Weltmeisterschaft eingesetzten Polizeibeschäftigten geboten.

„Krawallmacher“ als Unwort des Jahres

2007 sei für die GdP das Wort „Krawallmacher“ zum Unwort des Jahres geworden. Der damalige Innenminister Volker Bouffier habe es gegenüber den Medien benutzt. Die GdP hatte in Kassel demonstriert gegen die jährliche Lobhudelei der Landesregierung für die Polizei. Dabei sagte Bouffier: „Ich bitte Sie, das sind doch keine Demonstranten, das sind nur ein paar Krawallmacher.“

Es folgte ein Live-Duell im „Stadtgespräch“ zum Thema „Freiwilliger Polizeidienst“ (FPoLD). Danach habe der Innenminister den Gewerkschaften den „Föderalismusprozess“ im Beamtenrecht zu erklären. Zu der Zeit seien Tarifverhandlungen gelaufen, die in „partnerschaftlichem Einvernehmen mit der Landesregierung“ vom Beamtenbund unterlaufen worden seien. Der habe mit der Regierung ein Gesetz über das Gehalt der Beamten ausgekungelt und damit einen eklatanten Eingriff in das Tarifrecht vorgenommen. Es habe einen Paradigmenwechsel gegeben: „Das Tarifrecht folgt dem Beamtenrecht und nicht mehr umgekehrt.“

Eine bundesweite Demo in Wiesbaden mit einer herausragenden Rede von Konny Freiberg sei die Antwort gewesen auf diese Tarifkungelei. Nachhaltige Wirkung habe dann eine Postkartenaktion der GdP vor der Landtagswahl erzeugt, da sich die Personalnot auf die Revierstrukturen durchgeschlagen habe. Tausende von Postkarten sammelte die GdP und übergab sie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landtags, da sich der Vorsitzende (CDU-Mann) geweigert hatte, die Karten öffentlich anzunehmen.

GdP gegen Kriminalisierung der Jugend

Ministerpräsident Roland Koch hatte, entgegen der Warnung von Kriminologen und der GdP, das Thema „Jugendkriminalität“ zum Wahlkampfthema gemacht. Der Wahlausgang sei dann bemerkenswert gewesen. Die GdP habe politisch agiert, aber nicht parteipolitisch. Das hätten Abgeordnete von CDU und FDP anders gesehen und ihrem Ärger überdeutlich Luft gemacht. Die Personalratswahlen seien wieder ein voller Erfolg für die GdP gewesen.

2009 habe es einen passablen Tarifabschluss gegeben, allerdings mit verzögerter Übernahme für die Beamten. Gemeinsam mit den anderen Berufsvertretungen (KOOP) habe man ein kleines Stellenhebungsprogramm erreichen können.

2010 sei die Rede von Dr. Heiner Geißler beim Landesdelegiertentag ein Höhepunkt gewesen. Es habe eine nachhaltige Diskussion zur Führungskultur gegeben. Das von den Polizeibeschäftigten erarbeitete „Leitbild“ sei zu Makulatur verkommen. Der Paukenschlag sei im Wonnemonat Mai gekommen. MP Roland Koch sei in die Wirtschaft gegangen. Es habe ein Personalkarussell gegeben, angefangen mit der Entlassung des Landespolizeipräsidenten und der Chance auf eine neue Führungskultur. Henning Möller sei Landespolizeibeauftragter geworden.

Erneute Postkartenaktion

Die bei den Landtagswahlen vom Volk genehmigte „Schuldenbremse“ zeigte 2011 Auswirkungen. Die abgeschlossenen Tarifverhandlungen wurden für die Beamten um sechs bzw. sieben Monate verschoben. Eine Einmalzahlung gab es nicht für die Beamten ab A 12 und die Pensionäre. Denen wurde für 2012 auch noch das Weihnachtsgeld (Sonderzahlung) gekürzt. Die



Mit einem Strauß Blumen bedankte sich Jörg Bruchmüller bei Gabi Weber, der Frau, die die Organisation der Jubiläumsfeier im Römer organisiert hatte. **Fotos: nrw**

Fortsetzung auf Seite 6



ERINNERUNG AN DIE VERGANGENEN ZEHN JAHRE

Fortsetzung von Seite 5

GdP antwortete mit 10 000 Postkarten der Beschäftigten. Mittlerweile gibt es auch noch Unmut wegen beabsichtigter Kürzungen bei der Beihilfe. Ein solches Verhalten bezeichnete Jörg Bruchmüller als „schofel“. Trotz zunehmender Gewalt gegen die Polizei gebe es keine Fürsorgegedanken mehr. Da stelle sich die Frage: Wer schützt die, die den Staat schützen? „Wer so etwas initiiert, vor dem Hintergrund, dass die Schutzleute unter zunehmend schwierigeren Bedingungen ihre Haut für die innere Sicherheit (auch der Politiker) zu Markte tragen, der sollte sich schämen“.

Der GdP-Vorsitzende beteuerte, dass die GdP nach bestem Wissen und Gewissen versucht habe, den Satzungszielen ge-

recht zu werden. „Die Schaffung und Erhaltung einer demokratischen und zivilen Polizei war und ist genauso wesentlicher Bestandteil wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Unser Credo lautet, „eine Gewerkschaft für alle“ zu sein, weil wir Polizeiarbeit als Gesamtwerk begreifen, wo jede und jeder ihren und seinen Platz hat“. In diesem Sinne werden wir auch in den kommenden Jahren und andere in den kommenden Jahrzehnten die Idee unserer GdP weiter verfolgen, so wie es Horst Kothe einst treffend gesagt hat: **„Wenn es die GdP nicht gäbe, müsste sie erfunden werden“.**

Norbert Weinbach

HESSISCHE POLIZEI MIT VORBILDFUNKTION

Konrad Freiberg zog Bilanz zu „60 Jahre GdP Hessen“

„Die hessische Polizei hatte in der Vergangenheit immer eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer.“ Mit diesem Lob leitete der frühere GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg bei der Feierstunde im Frankfurter Römer einen Rückblick ein auf 60 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Hessen.

Herausragend war für Freiberg die Einführung der zweigeteilten Laufbahn als erstes Bundesland. Dies sei ein Meilenstein gewesen für die Entwicklung der Polizei, eine Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die GdP habe sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit klaren fachlichen Stellungnahmen zu Wort gemeldet. Leider gelte „Hessen vorn“ heute nicht mehr in der Politik. Das fange bei der unzureichenden Personalausstattung an, gehe weiter zur mangelnden Bezahlung bis zur Abkopplung der Beamtenbesoldung vom Tarifergebnis. Insbesondere hätten einige Personalentscheidungen in den vergangenen Monaten für Unverständnis in der Öffentlichkeit gesorgt. Dagegen habe die gute Arbeit der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung und beim Schutz der Bevölkerung vor Gefahren höchste Anerkennung erfahren. „Das Vertrauen der Bürger ist die Grundlage für unsere Arbeit“, stellte Konny Freiberg fest.

Belastung bei der Polizei nimmt zu

Mit steigenden Aufgaben und reduziertem Personal werde die Belastung für die Beschäftigten immer größer. Hier werde ein gefährlicher Weg beschritten. Das führe zu steigenden Krankheitsquoten und der Zunahme der Erkrankten am Burn-out-Syndrom. Polizisten würden immer häufiger zur Zielscheibe von Gewalt. Das mache deutlich, dass der Staat immer mehr auf Ablehnung stoße. Der Respekt der meist jungen Menschen vor dem Staat und seiner Polizei habe drastisch nachgelassen.

Diese negative gesellschaftliche Entwicklung lasse sich nicht durch kurzfristige Maßnahmen beeinflussen. In all den Fällen seien die Politiker zum Handeln aufgefordert. **„Und wer es nicht merkt, muss eine Hornhaut auf der Seele haben“**, spielte Freiberg auf die immer wieder nach schärferen Gesetzen rufenden Politiker an: „Wir dürfen nicht warten, bis gesellschaftliche Betroffenheit durch schreckliche Ereignisse, durch getötete Personen die Politik zum Handeln zwingt.“

Außendarstellung der Polizei

Sachkundiges und vertrauenswürdigen Verhalten sei bei der öffentlichen Darstellung der Polizei oder bei Fragen der inneren Sicherheit von besonderer Bedeutung, so Freiberg. Art und Umfang der Medienberichterstattung sei für das Klima der politischen Auseinandersetzung von Bedeutung. Herausragende Verbrechen oder innenpolitische Ereignisse hätten zwangsläufig eine unmittelbare Reaktion von Politikern oder auch so genannter Experten zur Folge. Der Druck der Medienlandschaft, wirtschaftlicher und politischer Druck zwängen Journalisten zu immer schnellerer Berichterstattung, was zwangsläufig zu Lasten von Sorgfalt und Gründlichkeit gehe. Das gehe bis **„Kenntnisfrei bis ins Detail“ oder nach dem Motto: „Ich habe zwar keine Ahnung vom Sachverhalt, aber ich habe schon mal eine Meinung.“** Lösungsvorschläge nach solchen Ereignissen seien meist keine, höchstens Teil der Unterhaltungsdemokratie. Dem allgemeinen Ruf nach schärferer Gesetzgebung müsse die GdP durch fachlich fundierte Aussagen und mit entsprechender Glaubwürdigkeit entgegenreten. Gerade Mitglieder anderer Berufsvertretungen schädeten häufig dem Ansehen der Polizei. Hier greife die Lebenserfahrung: **„Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn der Dumme fleißig wird.“** Themen der inneren Sicherheit erforderten Sachkunde und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Es seien keine Themen für „Schlau-



HESSISCHE POLIZEI MIT VORBILDFUNKTION

schwätzer“ und „Rhetoriktarzane“, prangerte Konrad Freiberg an.

Grundsätze der Innenpolitik

Die Polizei könne keine gesellschaftlichen Konflikte lösen und wolle sich auch nicht als Puffer zum Bürger missbrauchen lassen. Die Politik stehe in der Verantwortung, müsse Entscheidungen treffen und für Akzeptanz bei den Bürgern sorgen. Die GdP sei in den vergangenen 60 Jahren immer bemüht gewesen, eine vernünftige und verantwortungsvolle Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu garantieren. Konrad Freiberg zählte einige Grundsätze zu Fragen der inneren Sicherheit auf.

Das Vertrauen der Bürger sei die entscheidende Grundlage für die Arbeit der Polizei.

Bei Fragen zur Verbesserung der inneren Sicherheit müsse die Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sein. Diesem Dialog weiche die Politik immer häufiger aus. Wegen fehlendem Personal gebe es Vollzugs-, aber keine Gesetzesdefizite.

Forderungen nach Gesetzesveränderungen müssten prägnant begründet werden

Forderungen nach Gesetzesverschärfungen dienen häufig der Ablenkung der eigentlichen Probleme, damit solle politische Handlungsfähigkeit dokumentiert werden.

Bei der Einführung neuer Techniken, die kaum noch durchschaubar seien, müsse sensibel vorgegangen werden.

„Sorgen macht uns die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft, die mit einer Politikverdrossenheit und mit einer abnehmenden Akzeptanz des Staates einhergeht“, stelle Freiberg fest. Politik und gesellschaftliche Eliten verlören an Glaubwürdigkeit. Diese Entwicklung dürfe man nicht ignorieren. Demo-



Eine kämpferische und von Beifall unterbrochene Rede hielt Konrad Freiberg beim GdP-Jubiläum.

kratie, Rechtsstaat und innere Sicherheit nähmen Schaden. Wenn Gewerkschafter von Politik und Gesellschaft moralische Werte einforderten, „dann muss dies in besonderem Maße auch für uns Geltung haben“, mahnte er die GdP-Vertreter. Klare Wertvorstellungen und Transparenz im Handeln seien hierfür die Grundlage. Wer dagegen verstoße, müsse mit deutlichen Konsequenzen rechnen. „Glaubwürdigkeit ist unser Kapital“, so Freiberg, „sonst werden Gewerkschafter auch von der Politikverdrossenheit erfasst.“

Geldgierige Spekulanten und Banker

Konrad Freiberg kritisierte die weltweit agierenden geldgierigen und verantwortungslosen Manager/Spekulanten, die mit ihren obskuren Finanzprodukten mit Billionen Dollar die Weltwirtschaft in den Abgrund geführt hätten. Die Blase sei geplatzt, die Schuldigen seien nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Es könne nicht angehen, dass die Profiteure der Finanzkrise ihre Profite behielten und die

Arbeitnehmer für die unsozialen Folgen aufkommen müssten. „Gerechtigkeit sieht anders aus. Als Polizei haben wir das Gefühl, dass die Falschen eingesperrt werden.“

Angesichts der neuen europäischen Schuldenkrise seien finanzielle Auswirkungen auf Europas Staaten zu erwarten. Es gehe um die Zahlungsfähigkeit, den Bankrott von Staaten, es gehe um Hunderte von Milliarden Euro alleine für Deutschland. Die Auswirkungen seien kaum nachvollziehbar. Es gelte, die Hilflosigkeit der Politiker deutlich zu machen. Es könne nicht angehen, dass Finanzmärkte mit undemokratischen Mitteln über demokratische Staaten bestimmen dürften und sie in den Ruin trieben. Die Finanzmärkte müssten reguliert werden. So wie es aussieht, müssten die Steuerzahler, insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Lasten in besonderem Maße tragen.

Einkommenskürzungen

Konrad Freiberg erinnerte daran, dass der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren einige Verschlechterungen habe hinnehmen müssen. Das belaufe sich auf ein Minus von 15 bis 20 Prozent im Geldbeutel. Freiberg nannte höhere Belastungen im Gesundheitsbereich, aktuell die drohenden Kürzungen im Beihilfebereich, Kürzungen bei der Altersversorgung, Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, Kürzungen des Weihnachtsgeldes, Streichung des Urlaubsgeldes, Reallohnverluste durch geringe Lohn- und Gehaltssteigerungen. Bund, Länder und Gemeinden hätten zwei Billionen Euro Schulden. Die müssten aufgrund der „Schuldenbremse“ bis 2020 abgebaut werden. Da sei es unverständlich, wenn die Bundesregierung Steuernachlässe in Milliardenhöhe veranlasst

Fortsetzung auf Seite 8



Alte Bekannte im Frankfurter Römer, v. l., Henning Möller, Staatssekretär Werner Koch, Adi Raima



HESSISCHE POLIZEI MIT VORBILDFUNKTION

Fortsetzung von Seite 7

habe (initiiert durch die FDP). „So kann man einen Staat auch arm machen. Das ist reine parteipolitische Willkür und mit normalem Verstand nicht nachzuvollziehen“, prangerte Freiberg dieses Verhalten an. Dieser Schuldenabbau werde das alles bestimmende Thema der kommenden Jahre sein und zu weitreichenden Einsparungen in den öffentlichen Haushalten führen. Es müsse gelingen, die Finanzierung unseres Staates in den Vordergrund zu rücken. Das sei die einzige Möglichkeit, die drastischen Einsparungen im öffentlichen Dienst in vernünftige Bahnen zu lenken. Die Belastungen für Arbeitnehmer seien höher als früher. Dagegen seien die Vermögensbesitzer und Bezieher hoher Einkommen seit den 90er-Jahren durch Steuersenkungen massiv begünstigt worden. Der Kapitalverkehr, die Billionen Euro, mit denen täglich spekuliert werde, blieben vollkommen steuerfrei.

Es werde Zeit, dass die Reichen sich wieder an der Finanzierung des Staates beteiligten. Die Zeit der Entstaatlichung sei vorbei. Es gehe jetzt um die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, die Einführung der Transaktionssteuer. Wenn das nicht gelinge, werde der Staat verarmen. Freiberg benannte die Inflationsrate von



In alter Schutzmannsuniform präsentierte sich Bernhard Thomas bei der GdP-Feier im Römer. Fotos: nw

2,6 Prozent, die Aussagen der Arbeitgeber, dass Forderungen zur Tarifrunde zu hoch seien, dass durch die Einsparungen das Wirtschaftswachstum sinke, weil die Nachfrage geringer werde. Das alles könne nur abgewendet werden, wenn die Finanzierung des Staates vermehrt durch die Reichen, die Vermögen und den Kapitalmarkt erfolgten. Hier liege die wichtigste politische Aufgabe für die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer, für unser Land.

Für die Zukunft gelte: „Wir müssen leidenschaftlich das Wünschbare im Blick halten und beharrlich das Machbare tun. Wir müssen handeln aus Überzeugung und überzeugen durch Handeln. Das geht nur mit einer starken Gewerkschaft der Polizei. Und nie vergessen: Wir sind die Guten“.

Norbert Weinbach

SENIORENGRUPPE FRANKFURT

Weihnachtsfeier 2011

Die Weihnachtsfeier findet am:

Donnerstag, dem 8. 12. 2011, Beginn 15.00 Uhr (Einlass ab 14.30 Uhr), im Bürohaus Bornheim, Clubraum 1, Arnsburger Straße 24, 60385 Frankfurt, statt.

Wir wollen in geselliger Runde das Jahr 2011 ausklingen lassen. Langjährige Gewerkschaftsmitglieder sollen an diesem Tag geehrt werden. Der Vorstand wird einen Rückblick auf die Aktivitäten des Jahres 2011 sowie einen Ausblick auf das kommende Jahr geben.

Die Seniorengruppe Frankfurt ist auch über folgende E-Mail erreichbar: GdP-Seniorengruppe.ffmpeg@gmx.de Seniorengruppe Ffm



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

EHRUNGEN

25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Jörg Louis, Frank Schmidt
Kreisgruppe Ziegenhain

50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Heinz Lindner
Kreisgruppe Ziegenhain

ES VERSTARBEN

Walter Reichenberger
Kreisgruppe Waldeck/Frankenberg
Michael Meyer
Kreisgruppe Groß-Gerau
Werner Schwebel
Kreisgruppe DV/S Südhessen
Ludwig Ditzel, Alfred Seifert
Bezirksgruppe Frankfurt am Main
Gottfried Handwerk
Kreisgruppe Fulda

Karl-Heinz Oehm
Kreisgruppe Offenbach
Kurt Jährling
Karlheinz Kehr
Kreisgruppe Darmstadt
Alfred Schäfer
Kreisgruppe Main-Kinzig

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

